

MALAWI – Jahresbericht 2021/2022

Republik Malawi

Staatsoberhaupt und Regierungschef: Lazarus McCarthy Chakwera

Die geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen und Mädchen eskalierte. Die strafrechtliche Verfolgung von Mord und anderen gewalttätigen Übergriffen gegen Menschen mit Albinismus wurde immer wieder verzögert. Korruptionsvorwürfe im Zusammenhang mit der Verwendung von Covid-19-Mitteln und Impfmängel untergruben das Recht auf Gesundheit. Trotz Maßnahmen zur Entlastung der Gefängnisse waren diese weiterhin überfüllt und die Haftbedingungen waren schlecht. Das Oberste Berufungsgericht entschied, dass die Todesstrafe verfassungswidrig ist.

HINTERGRUND

Zwei Millionen Menschen in ländlichen Gebieten und 610.000 Menschen in den Städten Lilongwe, Blantyre, Mzuzu und Zomba waren von akuter Ernährungsunsicherheit betroffen.

GEWALT GEGEN FRAUEN

Trotz zahlreicher Maßnahmen zur Eindämmung der Gewalt gegen Frauen, insbesondere in Schulen, nahmen die Fälle von sexuellem, körperlichem und emotionalem Missbrauch, vor allem gegen Frauen und Mädchen, zu. Die Polizei registrierte jeden Monat rund 250 solcher Fälle.

DISKRIMINIERUNG

PERSONEN MIT ALBINISMUS

Menschen mit Albinismus wurden ermordet und waren anderen gewalttätigen Angriffen und Verstümmelungen ausgesetzt. Im Februar ermordeten Unbekannte Dayton Saidi in Mangochi; im selben Monat versuchten Unbekannte, ein 12-jähriges Mädchen in Machinga zu entführen. Die Leiche von Ian Muhamba, 20 Jahre alt, wurde im August in Blantyre gefunden. Zwei Verdächtige wurden im Zusammenhang mit seiner Ermordung festgenommen. Die strafrechtliche Verfolgung der mutmaßlichen Täter wurde immer wieder verzögert.

RECHT AUF GESUNDHEIT

Die gemeldeten Fälle von Korruption beeinträchtigten den Zugang der Menschen zu Gesundheitsdiensten. Hochrangige Regierungsbeamte wurden in die Misswirtschaft der Covid-19-Mittel verwickelt. Ein Prüfbericht über die Covid-19-Mittel im Jahr 2020 wurde im Februar 2021 in Auftrag gegeben und im April veröffentlicht. Daraus ging hervor, dass Regierungsbeamte und Angestellte des privaten Sektors etwa 1,3 Millionen US-Dollar der Mittel missbraucht hatten. Im April verhaftete die Polizei 64 Personen wegen angeblichen Missbrauchs von Covid-19-Mitteln, und der Präsident entließ den Arbeitsminister, nachdem dieser wegen Misswirtschaft mit diesen Geldern angeklagt worden war.

Die Einführung der Impfung begann im März mit 512.000 Dosen. Im Mai genehmigte die Weltbank einen Zuschuss von 30 Millionen US-Dollar, um Malawi bei der Beschaffung weiterer Impfstoffe zu unterstützen. Tausende von Menschen konnten ihre Covid-19-Impfungen nicht erhalten, als die Gesundheitsbehörden im Juni mehr als die Hälfte der Impfzentren des Landes aufgrund von Engpässen schlossen. Bis August hatten rund 455.000 Menschen ihre erste Dosis erhalten, und mindestens 139.000 waren vollständig geimpft worden.

RECHTE DER HÄFTLINGE

Die Gefängnisse waren chronisch überfüllt und die Bedingungen waren schlecht; die Einrichtungen waren baufällig und es gab keinen ausreichenden Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen. Bis April sank die Überbelegung dank des Chilungamo-Programms (einer Initiative zur Verbesserung der Justiz und der Rechenschaftspflicht im Land) von 260 % der Gefängniskapazität auf 186 %. Im Gefängnis von Chichiri, dem größten in der südlichen Region, waren jedoch in Zellen mit einer Kapazität von 60 Personen weiterhin über 200 Männer untergebracht.

TODESSTRAFE

Im April entschied der Oberste Berufungsgerichtshof, dass die Todesstrafe verfassungswidrig ist und gegen das in der Verfassung garantierte Recht auf Leben verstößt. Das Gericht ordnete an, dass alle Verurteilten, denen die Hinrichtung droht, erneut verurteilt werden. Nachdem der Oberste Richter Dunstain Mwaungulu im August in den Ruhestand getreten war, erließen die verbleibenden Richter jedoch ein so genanntes vervollkommnetes Urteil, mit dem sie die Erklärung der Verfassungswidrigkeit der Todesstrafe aufhoben.